

Merkels Sparpolitik Sorry?

Ich habe Angela Merkel vorgeworfen, ihre Sparpolitik ruiniere Spanien, Griechenland und den Euro. Muss ich mich jetzt entschuldigen?

von Mark Schieritz
11. April 2014



Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU)
© Stefanie Loos/Reuters

Was habe ich Angela Merkel nicht alles vorgeworfen. Sie "ruiniere" Spanien, sie "dränge" Griechenland aus der Euro-Zone, sie setze die Zukunft Europas aufs Spiel. Dies sei womöglich der Sommer, in dem die Währungsunion zerbricht, schrieb ich im Juli 2012 in der ZEIT. Wegen der Kanzlerin natürlich und ihrer Sparpolitik.

Die Währungsunion gibt es noch. Kein Land hat sie verlassen. Die Wirtschaft wächst wieder. Die Arbeitslosigkeit geht allmählich zurück. Und jetzt kann sich Griechenland sogar wieder am Kapitalmarkt Geld zur Finanzierung des Staatsbetriebs leihen, um nicht mehr allein auf Hilfszahlungen aus Europa angewiesen zu sein.

Griechenland! Das Symbol für alles, was in dieser Krise angeblich falsch gelaufen ist. Das Land, in das vor ziemlich genau vier Jahren die ersten Hilfsmilliarden flossen. Das vor allen anderen die harten Sparauflagen aus Berlin und Brüssel zu spüren bekam. Wenn die Kanzlerin diese Woche nach Athen reist, dann besucht sie ein Land, das sich nicht auf den Euro-Austritt vorbereitet, sondern wieder als vollwertiges Mitglied der Währungsgemeinschaft anerkannt werden will.

Und nun?

Ich war nicht der einzige Kritiker der deutschen Rettungspolitik. Ich habe in meinen Artikeln einer Haltung Ausdruck verliehen, die gerade in linken Kreisen viele Anhänger hat, die sich mit der Richtung nicht abfinden wollten, die Europa im Verlauf dieser Krise eingeschlagen hat.

Es ist das Privileg eines Journalisten, sich vergleichsweise ungeschützt äußern zu können. Wenn ein Börsenhändler einen Fehler macht, riskiert er viel Geld. Wenn ein Politiker einen Fehler macht, riskiert er eine Wahlniederlage. Wenn ein Journalist einen Fehler macht,

passiert in der Regel erst einmal nichts. Das ist auch gut so, denn sonst würden aus Angst vor den Konsequenzen wahrscheinlich alle nur noch dasselbe schreiben. Trotzdem gibt es so etwas wie Verantwortung für die eigene Arbeit.

Muss ich mich also bei Angela Merkel entschuldigen? Stellvertretend für die vielen Sparskeptiker, die offenkundig alle falsch lagen?

Die Frage hat eine hochaktuelle politische Dimension. In dieser Woche wurde bekannt, dass Frankreich mehr Schulden machen will, als es die europäischen Vorschriften erlauben, um sein Reformprogramm zu finanzieren. Soll die Kanzlerin dem Wunsch entsprechen, wie viele linke Ökonomen fordern? Oder soll sie hart bleiben, wie es das konservative Lager will?

Fest steht: Ich lag mit meinem Urteil über Angela Merkels Sparkurs nicht immer richtig. Aber was heißt das eigentlich: Sparkurs?

Er war's

Es gibt in dieser Krise, in der so viele rote Linien kassiert wurden, eine Grenze, die die Bundesregierung nie überschritten hat: Die deutschen Steuerzahler stehen nicht unbegrenzt für andere Länder ein. Angela Merkel hat immer gerade so viel Geld freigegeben, wie nötig war, um den Zusammenbruch der Währungsunion zu verhindern. Weil sie fürchtete, dass die Krisenstaaten ansonsten das Reformieren aufgeben würden. Und weil sie glaubte, mehr der deutschen Öffentlichkeit nicht zumuten zu können.

Es war aber nicht genug, um die verunsicherten Investoren wieder nach Europa zu locken, die ihr Kapital abzogen und so eine verheerende Abwärtsdynamik in Gang setzten. Sie kamen erst zurück, als Mario Draghi, der Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB), im Juli 2012 die eingeschränkte in eine uneingeschränkte Solidarität umwandelte.

Rechts blinken, links abbiegen

Sein Versprechen, "alles" zu tun, um den Euro zu retten, gab den Anlegern die Sicherheit, die sie brauchten, um wieder in Europa zu investieren. In jenen Monaten stand die Währungsunion tatsächlich vor dem Zusammenbruch. Er konnte buchstäblich in letzter Minute verhindert werden.

So ist es bei fast allen großen Finanzkrisen: Wenn die Panik erst einmal ausgebrochen ist, lässt sie sich nur mit maximalem Einsatz wieder eindämmen. So wie Angela Merkel und Peer Steinbrück nach dem Zusammenbruch der Investmentbank Lehman Brothers die deutschen Spareinlagen garantierten, um die Bürger vom Sturm auf die Konten abzuhalten.

In Europa war Merkel zu diesem Schritt nicht bereit. Aber sie ließ Draghi gewähren – obwohl sie wusste, dass auch für die EZB am Ende der deutsche Steuerzahler geradesteht. Dass sich Mario Draghi mit Rückendeckung aus Berlin über die roten Linien der deutschen Politik hinweggesetzt hat, ist das schmutzige Geheimnis von Angela Merkels Krisenpolitik.

Rechts blinken, links abbiegen

Über den spanischen Ministerpräsidenten Mariano Rajoy wird folgende Geschichte erzählt: Als das Land im vergangenen Jahr am Rand des Abgrunds stand, habe Rajoy seine

Diplomaten beauftragt, die Bundesregierung dazu zu bringen, sich von den strengen Sparauflagen in aller Öffentlichkeit zu distanzieren. Dazu werde es nicht kommen, sei den Emissären in Berlin beschieden worden, aber Spanien solle es beim Sparen doch etwas langsamer angehen lassen. Alles andere werde man dann sehen. Wenig später gewährte die EU den Spaniern mehr Zeit für den Abbau ihres Etatdefizits – und Deutschland nahm es hin.

Ob es sich wirklich so zugetragen hat, lässt sich nur schwer überprüfen, es würde aber ins Bild passen. Denn tatsächlich sind die Sparvorgaben nur eine Seite der deutschen Krisenpolitik. Als sich die Lage in Südeuropa zuspitzte, wurde Angela Merkel weich. Nicht nur Spanien, auch Portugal und Frankreich bekamen mit deutscher Unterstützung Aufschub aus Brüssel.

Das kam einer Kehrtwende gleich. Sie fiel jedoch kaum jemandem auf, weil die Kanzlerin öffentlich weiter Enthaltensamkeit predigte. Vielleicht weil sie ahnte, dass man genau das in Deutschland hören wollte. So ist der Sparkurs Merkels spätestens von jenem Zeitpunkt an auch ein Beispiel für cleveres Politmarketing für das heimische Publikum. Auch ich habe mich davon in die Irre führen lassen – und eine Politik geißelt, von der sich die Regierung in der Praxis längst verabschiedet hatte.

Es ist jedenfalls kein Zufall, dass die Konjunktur ausgerechnet in dem Jahr anzog, in dem Europa es mit dem Sparen nicht mehr so genau nahm.

Mach den Schröder

Es fällt im Klein-Klein der Nachrichten aus der Krisenregion manchmal schwer, sich den Blick für das große Ganze zu bewahren. Der britische Historiker Kevin O'Rourke hat kürzlich darauf hingewiesen, wo Europa derzeit wirklich steht: In Griechenland etwa liegt die Arbeitslosenquote bei 27 Prozent – mehr als jeder vierte arbeitswillige Grieche hat also keinen Job. Das gab es in Deutschland zuletzt während der Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre. Selbst in den schwierigen Zeiten der Agenda-Reformen stieg die Arbeitslosigkeit hierzulande nie über zwölf Prozent.

Auch wenn es der Wirtschaft in Europa etwas besser geht: Von annähernd normalen Lebensverhältnissen, wie sie vor der Krise üblich waren, ist Griechenland noch weit entfernt. Ähnlich sieht es in Spanien, Portugal und Irland aus. Deshalb ist die Krise auch nicht vorbei.

Das wiederum hat mit der Natur dieser Krise zu tun, die sich nun einmal nicht im Handumdrehen lösen lässt. Dafür wurden Reformen zu lange verschleppt, dafür stecken die betroffenen Ländern zu tief im Schlamassel.

Aber es wäre vielleicht möglich gewesen, den Absturz zu verhindern, wenn die Kanzlerin von Anfang an so pragmatisch gewesen wäre, wie sie es im Verlauf der Krise geworden ist – und wie es deutsche Regierungen immer waren, wenn es um ihr eigenes Land ging. Als Gerhard Schröder die Republik reformierte, ignorierte er die europäischen Sparziele einfach. Weil er wusste, wie gefährlich es ist, in einer solchen Situation auch noch die Ausgaben zu kürzen.

Ich muss Angela Merkel zugutehalten, dass sie die Dimension dieser Krise sehr früh erkannt hat. Als die Deutsche Bank im Jahr 2010 vorschlug, einen privaten Hilfskredit für Griechenland zu organisieren, lehnte die Kanzlerin ab. Sie ahnte, dass Reformen nicht angepackt werden, solange das Geld weiter fließt.

Deshalb beharrte sie auch darauf, den Internationalen Währungsfonds mit seiner jahrzehntelangen Krisenerfahrung einzubinden. Ich habe das damals kritisiert, heute sehe ich es anders. Das Prinzip Fordern und Fördern war richtig. Aber zumindest zu Beginn der Krise wurde auf Drängen der deutschen Kanzlerin zu wenig gefördert und zu viel gefordert. Das hat vor allem in Griechenland sehr viel wirtschaftliche und soziale Substanz zerstört.

Und die Erfahrung lehrt eben auch: Was einmal zerstört ist, lässt sich nur sehr schwer wieder aufbauen. Ich weiß also nicht, ob ich mich entschuldigen muss. Aber ich räume ein: Ich habe in dieser Krise dazugelernt.

Und Sie, Frau Bundeskanzlerin?

Update: Die Arbeitslosigkeit in Griechenland liegt bei 27 Prozent – das ist sehr hoch, aber weniger als ein Drittel. Wir haben entsprechend korrigiert (red).